

25. Sitzung des Gemeinderates

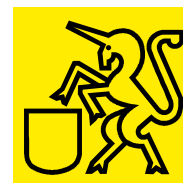
Datum, Zeit	Montag, 3. März 2014, 19:00 bis 20:00 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Dominic Müller (CVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	35 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Hans Baumann Rolf Biggel Bruno Fenner Valeria Rampone Reto Steiner
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Benedikt Stockmann: Bereich SVP Andreas Sturzenegger: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Angelika Murer Mikolasek: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 24. Sitzung vom 2. Dezember 2013
3. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende "Tagesschule light beziehungsweise Halbtageschule (08.00 - 15.00 Uhr) für Dübendorf / Beantwortung GR Geschäft-Nr. 210/2013
4. Interpellation Thomas Maier (GEU/glp) "Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse" / Begründung GR Geschäft-Nr. 226/2014
5. Interpellation Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" / Begründung GR Geschäft-Nr. 231/2014
6. Abrechnung des Kredites von Fr. 1'037'058.00 für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmittel für die Primarschule / Genehmigung GR Geschäft-Nr. 220/2013



7. Bürgerrechtsgesuche:
 - 7.1. Koch Sabine, deutsche Staatsangehörige, und Koch Brice, französischer Staatsangehöriger, sowie das Kind Manuel, Im Tobelacker 12, Gockhausen / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 218/2013
 - 7.2. Preite Antonio und Grazia, italienische Staatsangehörige, Zürichstrasse 93, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 219/2013
 - 7.3. Alonso-Perez Carmen, spanische Staatsangehörige, Amselweg 22, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 222/2013
 - 7.4. Donoso Diaz Javier, chilenischer Staatsangehöriger, Oskar-Bider-Strasse 26, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 223/2013
 - 7.5. Gürsel Haci Emin, türkischer Staatsangehöriger, In Huebwiesen 6, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 227/2014
 - 7.6. Lourenco Foulkes Eliane, brasilianische Staatsangehörige, Marktgasse 15, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 228/2014
 - 7.7. Radibratovic Zoran und Zorica, serbische Staatsangehörige, Kirchbachstrasse 6c, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 229/2014
8. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2013/2014



1. Mitteilungen

Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsident Dominic Müller (CVP) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Er orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde.

Es werden keine Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden erhoben.

Neue Geschäfte seit 2. Dezember 2013

Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:

- Erweiterung Alters- und Spitexzentrum. Genehmigung Bauprojekt und Bewilligung Baukredit

Dieses Geschäft wird derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind keine neuen Geschäfte eingegangen.

Folgende neue politische Vorstösse sind beim Ratsbüro eingegangen:

- Interpellation Thomas Maier (GEU/glp) „Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)
- Interpellation Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende „Sozialpolitische Strategie für Dübendorf“ (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)

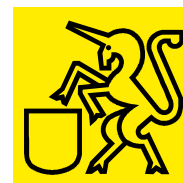
Folgende Beantwortungen des Stadtrates sind eingegangen:

- Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende „Tagesschule light bzw. Halbtageschule (08.00 – 15.00 Uhr) für Dübendorf (Geschäft ist auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung)

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Theo Johner (BDP)

„Nach dem diesjährigen WEF liess Dieter Neupert, Vizepräsident der Aerosuisse, gemäss Medien verlauten, dass die Anwohner des Militärflugplatzes Dübendorf die in Dübendorf landenden und startenden Flugzeuge nicht wahrgenommen hätten. Deshalb würde gemäss seinen Äusserungen auch ein regelmässiger Betrieb nicht weiter wahrgenommen. Einen für nächstes Jahr geplanten Direktanflug auf Dübendorf für die während des WEF hier parkierten Flugzeuge wollte er auch gleich als Test für einen zivilen Flugbetrieb verstanden wissen. Die Fraktion BDP/EVP Dübendorf lehnt diese Sichtweise entschieden ab. Die Behauptung, die Flüge seien nicht wahrgenommen worden entbehrt jeder Grundlage. Die Bevölkerung ist sich bewusst, dass das WEF eine nur kurze Zeit dauernde Ausnahmesituation ist, in welchen auch die Luftwaffe involviert ist. Diese zu akzeptieren bedeutet keinesfalls, auch mit einem ganzjährigen zivilen Aviatikbetrieb einverstanden zu sein. Genausogut könnte man behaupten, dass die Zürcher jedes Wochenende eine Streetparade akzeptieren würden, weil sie es einmal im Jahr tun.“



2. Protokollgenehmigung der 24. Sitzung vom 2. Dezember 2013

Zum Protokoll der Sitzung vom 2. Dezember 2013 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.

3. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 1 Mitunterzeichnende "Tagesschule light beziehungsweise Halbtageschule (08.00 - 15.00 Uhr) für Dübendorf / Beantwortung GR Geschäft-Nr. 210/2013

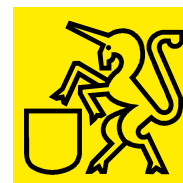
Stellungnahme

Gaby Gossweiler (FDP)

„Muss ich ein Thema bearbeiten, dessen Definition mir nicht klar ist, ersuche ich um Aufklärung. Da das vorliegende Thema Halbtags-Tagesschule oder Tagesschule light in den vergangenen Monaten wegen der geplanten Einführung in den Städten Zürich und Uster, aber auch in der Stadt Zürich als Wahlkampfthema von Filipo Leutenegger ein Medienthema war, wäre es ein Einfaches gewesen, an die Definition zu kommen. Bevor ich mich der Lächerlichkeit preis gegeben hätte mit der Aussage, dass "eine klare Definition der Begriffe Tagesschule oder Tagesschule light zum heutigen Zeitpunkt fehlen" hätte ich ganz einfach mit den Interpellantinnen Kontakt aufnehmen können. Die gesetzliche Grundlage für Tagesschulen existiert. So sagt das Volksschulgesetz, dass unter Einhaltung des Lehrplans es in der der Autonomie der Gemeinden liege, die Schule zu organisieren. Es gibt -im Zusammenhang mit der Einführung der Tagesschule light in der Stadt Zürich- ein ausführliches Gutachten des Regierungsrates. Man findet dieses leicht im Internet, sofern man das will. Eine zusätzliche gesetzliche Grundlage wird benötigt, wenn das schulische Angebot weniger als das gesetzlich geforderte Mindestmass erreicht, für ein zusätzliches Angebot ist keine gesetzliche Grundlage nötig. Ich halte dem Stadtrat mit einigem Wohlwollen zu Gute, dass er sich mit der Aussage " das eine gesetzliche Grundlage für das Einrichten einer Tagesschule fehle" unglücklich ausgedrückt hat, dass die Aussage lauten sollte, dass für die Einführung einer Tagesschule die gesetzliche Grundlage fehle - dem müsste ich ihm zustimmen. Dass der Stadtrat die Definition der Tagesschule light nicht kennt, merkt man. Man merkt es sogar sehr gut bei den Berechnungszahlen. Eine Tagesschule light definiert sich vor allem über die kurzen Mittagspausen, die gestaffelt durchführbar sind und so zu geringen Kosten bei dem kostspieligen Betreuungspersonal führt, aber auch zu geringerem Platzbedarf bei der Betreuung über Mittag. Hätte der Stadtrat die Begründung der Interpellation gelesen, hätte er bemerkt, dass auch für die Lehrpersonen eine Entspannung der Situation vorgesehen ist, in dem diejenigen Lehrpersonen, die Mittagsbetreuung leisten, am Nachmittag keine Lektionen zu übernehmen hätten. Fazit: wenn man nicht will, will man nicht und macht sich lieber lächerlich, als sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Zu früheren Zeiten hätte ich gesagt, die stadträtliche Antwort ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht - im elektronischen Zeitalter muss ich sagen, die vorliegende Antwort ist den "Pfus" nicht wert, den wir brauchen, um sie zu lesen. Die vorliegende Beantwortung der Interpellation führt meine persönliche Negativ-Hitliste bezüglich hohlster Antworten des Stadtrates der letzten 12 Jahren als einsamer Spitzenreiter an.“

Stellungnahme Stadtrat

Keine.



Allgemeine Diskussion

Patrick Walder (SVP)

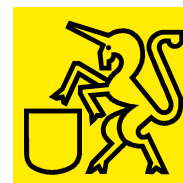
„Machen wir einen kleinen bildungspolitischen Exkurs über die letzten Jahre. Um nicht allzu weit zurückgehen zu müssen, das jetzige Übel begann mit dem neuen Volksschulgesetz. Darauf folgte:

- Die integrative Förderung (IF)
- Das Projekt "Deutsch als Zweitsprache" (DaZ)
- Die integrative Schule (IS)
- Die integrative Regelschule (IRS)
- Das sonderpädagogische Konzept
- Die Grundstufe- / Basisstufe
- Blockzeitenbetreuung
- Die bedarfsgerechte Anbietetung von Krippe, Hort und Mittagstisch
- Einführung von Schulleitern
- Kantonalisierung der Kindergärten
- Und so weiter!

Aktuell laufen folgende Projekte:

- Fokus starke Lernbeziehungen
- Projekt Bildungslandschaft
- Bildung von integrativen Förderungszentren
- Studien zum Lehrplan 21

In fast keiner Kommission im Kantonsrat werden so viele Geschäfte behandelt wie in der Kommission für Bildung und Kultur. Meine Geschätzten Kolleginnen und Kollegen, im Kanton Zürich gibt es wahrscheinlich aktuell keinen anderen Berufsstand, welcher von der Politik derart geplagt wird, wie im Bildungsbereich. Nun möchten die Interpellantinnen wiederum die Schule komplett umkrempeln. Das Thema ist neu "Tagesschule light". Die Kinder sollen von 08.00-15.00 Uhr in der Schule sein. Also auch ihre Mittagspausen in der Schule verbringen. Familien welche es pflegen, schon am Mittagstisch das neueste von den Kindern zu erfahren und eventuell ihre Freuden oder Leiden des vergangen morgens zu teilen, werden verboten. Die Kinder sollen gemäss Interpellantinnen während einer kurzen Mittagspause einen gestaffelten Mittag mit ihren Aufpassern verbringen und ja keinen Kontakt zu anderen Klassen knüpfen können. Die Interpellantinnen werden mir nun antworten, so wie man es bereits aus der Stadt Zürich vernehmen konnte, man könne ja ein gemischtes System einführen, welches der Mittag in der Schule nicht zu Gesetz macht. Das wäre dann wohl der Beste aller Vorschläge. Wir hätten dann nicht nur ein neues Projekt sondern auch noch ein neues Chaos in der Bildungslandschaft. Das schönste an solchen Vorstössen ist ja immer, dass die Unterzeichner tatsächlich das Gefühl haben, siehe Satz 1 in der Begründung, sie würden zum Wohle der Kinder, der Eltern und der Betreuer handeln. Eigentlich war ich immer der Ansicht, primär sollte es um das Wohl der Kinder gehen und erst sekundär um das Wohl der Betreuer und Eltern. Anscheinend teilen diese Ansichten nicht alle hier im Rat. Das ein solches System aber nicht mal im Interesse der Eltern liegt, zeigt die Mitteilung der Primarschulpflege Uster, der dritt grössten Stadt des Kantons. Gerade mal 8 von ca. 1900 Schülern haben sich für die geplante Tagesschule angemeldet, was die Schulpflege zur Verschiebung dieses Projekts zwingt. Über die Begründung der Interpellation kann ich aber nicht nur meckern. Es hat tatsächlich auch positive Aspekte enthalten. Zum Beispiel wird hier geschrieben: "Die aktuelle Lösung mit Hort, Mittagstisch und weiteren Einrichtungen bringen Unruhe in den Tagesablauf der Kinder, ist organisatorisch sowohl für die Gemeinde als auch für die Eltern aufwändig und kostspielig." Als ich diese Probleme in meinem Referat vom 01.10.2012 zum Thema "Kinderbetreuung" geäußert habe, wurde mir erklärt, dass ich offensichtlich nichts davon verstehe und die falschen Studien zitiere. Es freut mich sehr, dass meine Worte vom Oktober 2012 zumindest bei den Interpellantinnen hängen blieben. Für die Antwort der Primarschulpflege zur vorliegenden Interpellation finde ich hauptsächlich lobende Worte. Aus der Antwort geht ganz klar hervor, dass die Primarschulpflege Dübendorf kein Interesse daran hat um noch mehr Verwirrung in der Volksschule zu stiften und keinen unnötigen und evtl. nicht benötigten Investitionen zu tätigen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, man kann diese Idee ja reizvoll und gut finden, doch sind sie wirklich der



Ansicht, dass den Schulkindern und Lehrern ein weiteres Projekt im jetzigen Status aufgelastet werden sollte? Ich hoffe dieser Interpellation werden keine weiteren Vorstösse zu diesem Thema folgen.“

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne)

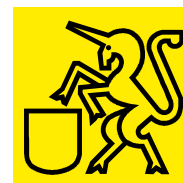
„Die Stärke der direkten Demokratie liegt darin, dass man sich zu mehrheitsfähigen Lösungen zusammenraufen muss. Das heisst, auch, dass man aufeinander zugehen sollte. Gaby Gossweiler hat bereits aufgezeigt, dass die Beantwortung der Interpellation nicht wirklich auf diese eingeht. Ein Satz der Antwort hat auch mich sehr überrascht: *Die gesetzliche Grundlage für das Einrichten einer Tagesschule sowie klare Definitionen der Begriffe Tagesschule und Tagesschule light fehlen zum heutigen Zeitpunkt.* Ich weiss nicht, in welcher Zeit diese Antwort geschrieben wurde. So gibt es doch viele Gemeinden, die eine Tagesschule haben und der Verein Tagesschulen Schweiz konnte bereits im Jahre 2000 ein Handbuch für die Planung und Realisierung öffentlicher Tagesschulen herausgeben. Da erstaunt schon ein wenig, dass man 13 Jahre später eine Anfrage mangels Definition eine Interpellation nicht korrekt beantworten kann. Ich überlege mir, ob dieselbe Interpellation nicht nochmals eingereicht werden sollte, einfach mit dem Ergänzungen „analog Zürich“ und mit einem Literaturverzeichnis. Ich befürchte aber, dass auch dann die Antwort ähnlich ausfallen würde. Daher übergebe ich lieber der Schulpflegepräsidentin das erwähnte Buch von dem es übrigens auch eine Neuauflage gibt. Nach den Wahlen werde ich dann gerne der neuen Schulpflegepräsidentin das neue Buch schenken.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

4. Interpellation Thomas Maier (GEU/glp) "Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse" / Begründung GR Geschäft-Nr. 226/2014

Thomas Maier (GEU/glp) begründet die Interpellation:

„Wir haben hier an dieser Stelle in den letzten Jahren ja bereits x-fach über diverse Verkehrsprobleme in unserer Stadt debattiert und, ab und zu, auch entschieden. Immer wieder debattierten wir über vor allem und gerne über Konzepte, von denen meiner Meinung nach leider, immer noch nicht viel umgesetzt ist. Nehmen sie als Beispiel die Verbesserung der Situation für den Langsamverkehr und speziell die Velofahrenden. Und dort ein einzelnes Beispiel herauszugreifen, der Glattquai an der Glatt, wo immer noch stur Einbahnverkehr ist und noch nicht freigegeben für Velofahrende in die Gegenfahrrichtung, obwohl das schon lange versprochen ist – und v.a. sehr, sehr einfach umzusetzen wäre – mit einer Tafel. Von all den sonstigen schönen Zielen in diesen Konzepten spreche ich schon gar nicht ein Detail. Fakt ist, dass die Ziele die in diesen Konzepten zum Teil ja richtig formuliert sind, in die richtige Richtung weisen und auch oft verwendet werden, um weitergehende Forderungen damit abzuwehren. Letztes Beispiel ist unsere VI 50/30 bei deren Abstimmungskampf vielfach und sehr deutlich darauf hingewiesen wurde von den Gegnern, dass wir ja gute Konzepte mit Etappenzielen haben, die wir schrittweise umsetzen können und immer dort wo wir gerade dran sind, Sanierungen anstehen, in diese Richtung arbeiten. Immer wieder standen dann auch konkrete solche Sanierungsfragen, wie beispielsweise die uns gut in Erinnerung bleibende Geerenstrasse in Gockhausen, auf dem politischen Parkett. Dort haben wir beispielsweise für viel Geld wenig massvoll zwar die Ziele erreicht, T30, beruhigt, schön gestaltet, aber eben – zu viel Geld ausgegeben. Sie erinnern sich sicher an die Meterpreise der wunderbaren Granitrandsteine, wo wir alle hoffen, sie halten die nächsten 98 Jahre auch noch. Denn an anderer Stelle hätten wir damit ganze Strassen saniert. Nun geht es also um eine weitere konkrete Sanierung, deren grundlegende Notwendigkeit wohl niemand ernsthaft in Frage stellt. Was mehr Fragen aufwirft, und darum auch



meine Interpellation, ist wie immer die Art und Weise und wie der konkrete Fall jetzt gleich genutzt wird, grundlegende Zielsetzungen und Konzepte Realität werden zu lassen. Die Verkehrssituation an der Hermikonstrasse zwischen Usterstrasse und Raubbühlstrasse ist, wie sie sicher wissen, seit einigen Jahren vor allem bei den betroffenen Anwohnern ein grosses Thema. Das Verkehrsaufkommen hat auf der sanierungsbedürftigen Strasse in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Dies führt einerseits zu steigenden Lärmbelastungen der Anwohner. Andererseits wird die Situation für Velofahrende zunehmend unzumutbar, vor allem in Kombination mit dem Fahrverbot entlang der Glatt und dem nur in einer Richtung bestehenden Velostreifen (stadtauswärts). Diese Route dient auch als Zufahrt zu den Sportanlagen und wird gerade auch von Kindern und Jugendlichen mit dem Velo genutzt und ist daher einem Schulweg gleichzustellen. – und schliesst sich in dem Sinne nahtlos ans Beispiel am Glattquai an, das ich vorher erwähnt hatte. In den diversen Treffen und Schreiben zwischen Anwohnern und dem Tiefbauamt der Stadt Dübendorf wurde im Sommer 2012 eine Planstudie vorgelegt, welche einen massiven Ausbau der Strasse auf eine Breite von 12m vorsieht. Im September 2013 erfolgte dann eine öffentliche Ausschreibung für die Sanierung der Hermikonstrasse. Zwischenzeitlich konnte mit einem Lastwagenfahrverbot wenigstens der Schwerverkehr vom Schleichweg Hermikonstrasse ferngehalten werden. Dieses wurde aber von der Stadt ohne grosse Kommentare und Begründung wieder entfernt, respektive nach der auslaufenden provisorischen Bewilligung durch den Kanton nicht neu beantragt. Vor einigen Jahren schlug die Gemeinde Schwerzenbach vor, auf die teure Sanierung der Hermikonstrasse zu verzichten und diese schlicht und einfach für dem MIV zu schliessen. Dies lehnte offenbar der Stadtrat Dübendorf damals ab. In unseren Augen würde eine solche Massnahme, kombiniert mit einer kostengünstigen Sanierung mit klar quartierserschliessendem Charakter, die Ziele von ruhigerem Verkehr, mehr Sicherheit und weniger Lärm, kostengünstig und einfach erreichbar machen. Ausgehend von dieser Ausgangslage bitte ich den Stadtrat um Beantwortung einiger Fragen rund um diese Sanierung, mit dem Ziel, dass wir hier früh genug gute Konzepte umsetzen können – mit einem möglichst effizienten Mitteleinsatz. So interessiert mich allgemein die Einschätzung des Stadtrates:

1. Wie beurteilt der Stadtrat allgemein die Verkehrssituation auf der Hermikonstrasse vor allem mit Blick auf den Langsam- und Durchgangsverkehr?
2. Wann wird das Lastwagenfahrverbot wieder verfügt?

Oder in den Fragen 3 und 4 wie weit die Arbeiten bereits fortgeschritten sind und mit was für Kosten wir zu rechnen haben.

3. Wie kommt die Stadt dazu in der erwähnten Planstudie diesen nicht erwünschten Schleichweg mit der Sanierung noch weiter massiv ausbauen zu wollen?
4. Mit welchen Kosten ist die Stadt basierend auf dieser Planstudie konfrontiert und wie weit sind die Projektarbeiten bereits fortgeschritten?

Und dann, möchte ich natürlich wissen, ob der SR plant, seine Konzepte hier umzusetzen und ob:

5. Ist der Stadtrat bereit, auf der Hermikonstrasse ab Usterstrasse bis zur Eishalle im Chreis aus Sicherheitsgründen T30 zu prüfen, nachdem die Velofahrer mit dem Fahrverbot am Glattweg auf die gefährliche Hermikonerstrasse geschickt wurden?
6. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass man mit einer Schliessung der Hermikonstrasse nach dem Weiler Hermikon den Schleichverkehr unterbinden könnte und damit die Hermikonerstrasse zu einer reinen Quartierstrasse für Tempo 30 prädestiniert würde?
7. Kann der Stadtrat Kostenfolgen der zwei folgenden Varianten abschätzen und ist er bereit, gestützt auf eine Kosten-Nutzenanalyse der zwei Varianten diejenige mit dem besseren Wert umzusetzen: Einerseits eine Sanierung auf Basis Tempo 50 bis Kunsteisbahn und offenlassen der Verbindung nach Schwerzenbach inkl. Sanierung vs. einer Variante Tempo 30 bis Kunsteisbahn und Schliessung der Verbindung?“

Die Interpellation „Verkehrssituation auf der Hermikonerstrasse“ wurde vom Erstunterzeichnenden begründet. Sie wird durch den Stadtrat gemäss Geschäftsordnung Art. 51, Ziff. 2 innert vier Monaten beantwortet.

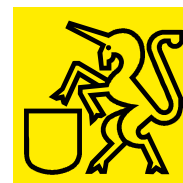


**5. Interpellation Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende
"Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" / Begründung
GR Geschäft-Nr. 231/2014**

Andrea Kennel (SP/JUSO/Grüne) begründet die Interpellation:

„Organisatorisch wird unterschieden zwischen der strategischen und operativen Ebene. Bezüglich Sozialpolitik ist der Stadtrat die strategische Ebene und die Sozialbehörde die operative. Eine gute Sozialpolitik lebt aber davon, dass diese beiden Ebenen auch gut zusammenarbeiten. An der Gemeinderatssitzung vom 4. November zeigte sich leider ein anderes Bild als Stadtrat Spillmann als Sozialvorstand der Meinung des Stadtrats widersprach. Aber schauen wir in die Zukunft. Fakt ist, dass Dübendorf sich weiterhin an die Richtlinien des SKOS halten muss. Eine direkte Einflussnahme ist aber als Nichtmitglied schwierig. Mit den ersten drei Fragen beziehen sich auf die Einflussnahme auf SKOS. Hier möchten wir wissen, welche Möglichkeiten der Stadtrat sieht. Es ist sicher wichtig und hilfreich, wenn an den aktuellen Richtlinien konstruktive Kritik eingebracht wird. Denn dass hier Änderungen und Anpassungen nötig sind, ist kaum umstritten. Die Streitpunkte liegen wohl eher im Detail auf die auch Dübendorf als viertgrösste Stadt im Kanton Einfluss nehmen sollte. Da die Sozialpolitik neben Sozialhilfe auch weitere wichtige Themen beinhaltet beziehen sich unsere Fragen nicht nur auf die Sozialhilfe, sondern auch auf die Sozialpolitik im allgemeinen Frage 4 zielt eher auf die allgemeine strategische Ebene und das Setzen von Prioritäten. Mit Frage 5 wollen wir wissen, welches Fachwissen innerhalb der Stadtverwaltung vorhanden ist und welches extern zugezogen werden muss. Bei Frage 6 geht es um die externe, bei Frage 7 um die interne Zusammenarbeit. Wir sind uns bewusst, dass 7 Fragen relativ viele Fragen sind. Die Antworten sollten dann aber ein klares Bild der Sozialpolitischen Strategie der Stadt Dübendorf zeigen. Wir bitten den Stadtrat die Fragen ausführlich und zu beantworten und uns damit einen klaren, verständlichen Einblick in seinen Strategie zu geben. Dafür bedanke ich mich im Voraus und im Namen der Unterzeichnenden und anderen Interessierten.“

Die Interpellation „Sozialpolitische Strategie für Dübendorf“ wurde von der Erstunterzeichnenden begründet. Sie wird durch den Stadtrat gemäss Geschäftsordnung Art. 51, Ziff. 2 innert vier Monaten beantwortet.



6. Abrechnung des Kredites von Fr. 1'037'058.00 für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmittel für die Primarschule / Genehmigung GR Geschäft-Nr. 220/2013

Referat Mitglied GRPK Andrea Kennele

„Wer kann sich noch an die langweiligen Rechenaufgaben im Mathebuch erinnern? Die vielen Additionsaufgaben sind zu schönen 5-er Blöcken zusammengefasst. Einige Zeit nach dem Rechnen kommt dann die Korrektur mit Rotstift, wo man sieht, dass man es doch noch nicht kann. Doch was habe ich damals überlegt, dass ich bei 7+8 auf 13 statt 15 gekommen bin? Wie ist das heute? Die Schulbücher haben vielleicht etwas mehr Bilder, doch die 5-er Blöcke gibt es immer noch. Doch heute gibt es auch die Möglichkeit, dass der Computer die Rechenaufgaben stellt und auch gleich sagt, ob das Resultat stimmt. Wenn ich dann sehe, dass 7+8 eben nicht 13, sondern 15 gibt, merke ich, wo der Fehler ist und erziele damit wirklich einen Lernerfolg. Doch heute geht es nicht um's Rechnen, sondern um die Abrechnung eines Kredites. Dabei prüft die GRPK, ob richtig gerechnet wurde und wenn nicht, ob wenigstens verständlich begründet wird. Als GRPK durften wir dabei den Rotstift mit dem Grünstift austauschen. Betrachten wir die Gesamtzahl, so wurden die budgetierten Ausgaben unterschritten. Betrachten wir aber die Detailzahlen, gibt es Unterschiede und im Detail auch Überschreitungen zum Budget. Diese Unterschiede sind nicht nur verständlich begründet, sondern auch mehr als sinnvoll. Ursprünglich waren je Schuleinheit ein Server, also 4 Server vorgesehen. Während der Umsetzung hat sich gezeigt, dass es sinnvoller ist, nur einen zentralen Server für alle Schulhäuser zu haben. Das bedeutet zwar Mehrkosten beim Netz, dafür Minderkosten bei Hardware und Unterhalt. Der Unterhalt ist nicht Bestandteil der Investition, wirkt sich aber trotzdem und vor allem nachhaltig positiv aus. Der Schulpflege und dem Stadtrat einen herzlichen Dank für die Weisung, die klar und verständlich formuliert und gestaltet ist. Die GRPK empfiehlt die Abrechnung zu genehmigen.“

Stellungnahme Mitglieder GRPK

Keine.

Stellungnahme Bildungsvorsteherin Edith Jöhr

„Ich danke der GRPK und Andrea Kennel für die Prüfung der Abrechnung und vor allem für die lebendige und spannende Vorstellung des Geschäfts.“

Allgemeine Diskussion

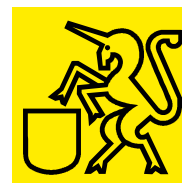
Keine

Abstimmung

Der Abrechnung des Kredites von Fr. 1'037'058.00 für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmittel für die Primarschule wird mit 34 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Beschluss

1. Die Abrechnung des Kredits für die Ergänzungsbeschaffung von Schulinformatikmittel mit einem Gesamtaufwand von Fr. 961'954.13 und einem Minderaufwand von Fr. 75'103.87 wird genehmigt.
1. Mitteilung Primarschulpflege



7. Bürgerrechtsgesuche:

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Gesuche geprüft. Alle Gesuche wurden durch die BRK einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf Referate von Seiten der Bürgerrechtskommission verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden Beschlüsse.

7.1. Koch Sabine, deutsche Staatsangehörige, und Koch Brice, französischer Staatsangehöriger, sowie das Kind Manuel, Im Tobelacker 12, Gockhausen / Genehmigung GR Geschäft Nr. 218/2013

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. KOCH Sabine, deutsche Staatsangehörige, geboren am 30. Dezember 1963 in Würzburg (Deutschland), verheiratet, wissenschaftliche Mitarbeiterin und ihr Ehemann KOCH Brice Paul Guy, französischer Staatsangehöriger, geboren am 24. Mai 1964 in Mulhouse (Frankreich), verheiratet, Ingenieur sowie das Kind KOCH Manuel, geboren am 1. November 1999 in Chene-Bourgeries (Frankreich), alle wohnhaft Im Tobelacker 12, 8044 Gockhausen, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

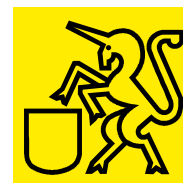
7.2. Preite Antonio und Grazia, italienische Staatsangehörige, Zürichstrasse 93, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 219/2013

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. PREITE Antonio, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 25. April 1953 in Taurisano (Italien), verheiratet, Maschinenmonteur und seine Ehefrau PREITE Grazia, italienische Staatsangehörige, geboren am 2. Juli 1953 in Bovino (Italien), verheiratet, Mitarbeiterin Raumpflege, wohnhaft Zürichstrasse 93, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer



Einbürgerungsgebühr von 1'900.00 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.

2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**7.3. Alonso-Perez Carmen, spanische Staatsangehörige, Amselweg 22, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 222/2013**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 26 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. ALONSO-PEREZ Maria del Carmen, spanische Staatsangehörige, geboren am 19. März 1966 in Sober (Spanien), verheiratet, Hotel-Allrounderin, wohnhaft Amselweg 22, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

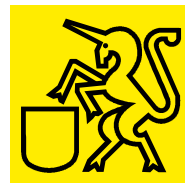
**7.4. Donoso Diaz Javier, chilenischer Staatsangehöriger, Oskar-Bider-Strasse 26,
Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 223/2013**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. DONOSO DIAZ Javier Antonio, chilenischer Staatsangehöriger, geboren am 22. Januar 1983 in Nuñoa, Santiago (Republik Chile), ledig, Offsetdrucker, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 26, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**7.5. Gürsel Haci Emin, türkischer Staatsangehöriger, In Huebwiesen 6, Dübendorf /
Genehmigung
GR Geschäft Nr. 227/2014**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 4 Stimmen zu.

Beschluss

1. GÜRSEL Haci Emin, türkischer Staatsangehöriger, geboren am 15. Oktober 1983 in Cihanbeyli (Türkei), verheiratet, LKW Chauffeur, wohnhaft In Huebwiesen 6, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

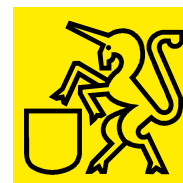
**7.6. Lourenco Foulkes Eliane, brasilianische Staatsangehörige, Marktgasse 15,
Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 228/2014**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 22 zu 1 Stimmen zu.

Beschluss

1. LOURENCO FOULKES Eliane, brasilianische Staatsangehörige, geboren am 16. März 1956 in Rio de Janeiro (Brasilien), verheiratet, Hausfrau, wohnhaft Marktgasse 15, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**7.7. Radibratovic Zoran und Zorica, serbische Staatsangehörige, Kirchbachstrasse 6c, Dübendorf / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 229/2014**

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 2 Stimmen zu.

Beschluss

1. RADIBRATOVIC Zoran, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 13. Januar 1968 in Cacak (Republik Serbien), verheiratet, Rohrnetz- und Sanitärmeister und seine Ehefrau RADIBRATOVIC Zorica, serbische Staatsangehörige, geboren am 27. Oktober 1967 in Cacak (Republik Serbien), verheiratet, Pflegefachfrau, beide wohnhaft Kirchbachstrasse 6c, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

8. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2013/2014

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 3 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

1. Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne): Fischwanderung und Wehrsanierung

„Die Glatt wird auf Höhe Eishalle Im Chreis durch ein Wehr aufgestaut und in den ehemaligen Oberwasserkanal geleitet. Ein Teil der Wehranlage ist seit einiger Zeit defekt und abgesperrt.“

Fragen

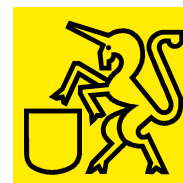
1. Wann und wie soll die Wehranlage saniert werden?
2. Ist die Fischgängigkeit gemäss Bundesgesetz über die Fischerei (BGF, Art. 9) der Anlage heute gewährleistet?
3. Falls nicht, könnte mit der Sanierung des Wehres die freie Fischwanderung sichergestellt werden?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„In Zusammenarbeit mit dem AWEL wird zurzeit ein Sanierungsprojekt ausgearbeitet. Die Durchführung ist im 2014/2015 geplant. Damit wird die Fischwanderung sichergestellt. Ob diese bereits heute gegeben ist, weiss ich nicht und die Antwort wird mit dem nächsten Protokoll nachgereicht.“

Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne)

Es würde ihn dann auch interessieren, wie die Sanierung aussehen werde.



2. Gaby Gossweiler (FDP):

Amtlicher Anzeiger

„Der Glattaler fungiert als Amtlicher Anzeiger der Stadt Dübendorf und geht an alle Haushalte im Stadtgebiet. Dies kostet die Steuerzahler von Dübendorf jährlich einen schönen Betrag, der ja gut investiert wäre, wenn alles ordnungsgemäss funktionieren würde. Der Glattaler geht aber nicht an alle Haushalte, sondern – wenigstens im Gfenn – nur an diejenigen, die eine Tageszeitung abonniert haben. Nachfragen von Einwohnern wegen fehlendem Glattaler werden sehr schnoddrig mit „sie können beim Bahnhof oder Stadthaus eine Zeitung abholen“ beantwortet. Da jede Haushaltung auf Stadtgebiet Anspruch auf die amtlichen Mitteilungen hat, bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

Fragen

1. Wie hoch ist der jährliche Beitrag der Stadt Dübendorf an den Glattaler als Amtlicher Anzeiger?
2. Besteht mit dem Glattaler als Amtlicher Anzeiger der Stadt Dübendorf eine Leistungsvereinbarung?
 - a. wenn ja, sind die jährlichen Beitragszahlungen an das Einhalten dieser Leistungsvereinbarung gekoppelt und wer überprüft die Einhaltung dieser Vereinbarung?
 - b. wenn nein, warum nicht?
3. Kann der Stadtrat Einfluss nehmen auf Leistungen des Amtlichen Anzeigers im Zusammenhang mit der Zustellung an alle Haushalte?
4. Könnte sich der Stadtrat auch Alternativen zur Zusammenarbeit mit dem Glattaler vorstellen und wie könnten diese aussehen?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Mit diesem Thema haben wir ins in letzter Zeit immer wieder beschäftigt. Die jährlichen Kosten belaufen sich auf ca. Fr. 200'000.00. Es besteht jedoch keine Leistungsauftrag, sondern ein Vertrag, in welchem Preis, Rabatt und Mengenrabatt für die publizierten Zeilen geregelt sind. Die erwähnten Kosten werden aufgrund der Aufträge ausgelöst. Vor einigen Jahren gab es mit dem Anzeiger von Uster ein zweites Publikationsorgan. Dies wurde aber aufgrund der Kosten geändert. Immer wieder gibt es Reklamationen seitens der Einwohner, welche meinen, dass der Glattaler ein Produkt der Stadtverwaltung sei. Dem ist aber nicht so, der Glattaler ist ein privates Unternehmen. Dem Problem mit der Verteilung wird aufgrund der Reklamationen nachgegangen. Alle Reklamationen, die bei der Stadtverwaltung eingehen, werden dem Glattaler weitergeleitet.. Als erste Massnahme bzw. als „Schnellhilfe“ wurde der Ständer vor dem Stadthaus aufgestellt. Den Reklamierenden wird seitens Redaktion jeweils auch ein Glattaler per Post zugestellt. Die Stadt Dübendorf hat nicht die Absicht, ein eigenes Publikationsorgan zu machen, da wir als Stadt auf vom Glattaler profitieren. Dieser ist in der Bevölkerung breit verankert. Ebenfalls wären die Alternativen zum Glattaler schwierig zu finden und Kosten für ein eigenes Publikationsorgan wären zu hoch. Ein Vertreter des Glattalers ist heute Abend auch anwesend und ich nehme an, dass er die Kritik aufnehmen und weitergeben wird. Ich bitte alle, die ein Problem mit der Zustellung bemerkt haben, die Kritik direkt beim Glattaler anzumelden und hoffe, dass sie keine „schnoddrige“ Antwort bekommen werden.“

3. Thomas Maier (GEU/glp):

Situation beim Bahnhof Dübendorf

„Im Jahr 2009 habe ich ein Postulat mit dem Titel „Bahnhof Dübendorf“ eingereicht, welches dem Stadtrat hier im Gemeinderat überwiesen wurde. Ausser einer sanften Pinselrenovation in der Unterführung ist noch fast nichts davon umgesetzt. Vor wenigen Jahren hat sich die Situation, wir hatten hier schon mehrmals zum Thema, vor allem mit dem Umsteigen auf die Lokalbusse, weiter verschärft.“



Fragen

1. Wann bringt der Stadtrat den nächsten, kürzlich für 2014 in Aussicht gestellten, Schritt, z.B. in Richtung eines besseren Ein-, Aus- und Umsteigens für die Buspassagiere?"

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Es ist tatsächlich so, dass die Planung soweit fortgeschritten ist, dass die Projektierung im März 2014 vom Stadtrat beschlossen werden kann. Wir haben verschiedene Varianten geprüft und sobald der Beschluss im März gefällt wird, geht es an die Umsetzung.“

Für die Richtigkeit des Protokolls

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Dominic Müller
Gemeinderatspräsident

Angelika Murer Mikolasek
Stimmenzählerin

Benedikt Stockmann
Stimmenzähler

Andreas Sturzenegger
Stimmenzähler